



AfD-Fraktion im Kreistag Diepholz
Der Fraktionsvorsitzende

Landkreis Diepholz
Herrn Landrat
Cord Bockhop
Niedersachsenstraße 2
49356 Diepholz

Syke, 07.09.2017

Anfrage zur zusätzliche Bereitstellung von Mitteln bei den Kosten für die Vorhaltung von Wohnraum für Asylbewerber

Sehr geehrter Herr Bockhop,

im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 wurden zunächst 150.000 € für Vorhaltekosten als „auskömmlicher Ansatz“ vorgesehen. Mit der vorgeschlagenen erneuten Erhöhung dieses Ansatzes würde der ursprüngliche Betrag verfünffacht werden. Das ist für uns ein Anlaß, genauer nachzufragen.

Zur Vorbereitung der Beschlussfassung erbitten wir folgende Informationen:

1. Wie viele Wohnungen/Wohnraum werden im Moment von den Kommunen vorgehalten?
2. Über welche Zeiträume standen die Wohnungen im Durchschnitt in den jeweiligen Kommunen leer?
3. Wie ist die Verteilung der Laufzeiten der Mietverträge in den jeweiligen Kommunen?
4. Gibt es außerordentliche Kündigungsmöglichkeiten und wurden diese genutzt?
5. Gibt es Eigentümer/Vermieter, die einen Anteil von 5 Prozent oder mehr an den gesamten Vorhaltekosten haben (was bei einem Gesamtvolumen von 750.000 € annähernd mit dem Bruttojahresentgelt eines Vollzeitbeschäftigten vergleichbar wäre)? Im positiven Fall bitten wir um konkrete Angaben zu den Vertragsverhältnissen.
6. Im Jahresbericht 2017 des Niedersächsischen Landesrechnungshofs wurden bereits „Hohe Ausgaben für leere Flüchtlingsbetten“ bemängelt. Kann davon ausgegangen werden, daß zur Behebung dieses Mißstandes vorrangig die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen genutzt werden und der Bedarf für die Vorhaltung von Wohnraum in den Kommunen weiter sinkt?
7. In der Vorlage VO/2016/199 heißt es:

„Allerdings sollen die Kommunen in Kürze aufgefordert werden, Asylbewerber in längerfristig angemieteten Immobilien unterzubringen und Leerstände bei eher kurzfristig angemieteten Räumlichkeiten dann im Rahmen der üblichen Kündigungsfristen aufzugeben, wenn dieser Leerstand in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde das örtlich angemessene Maß an vorgehaltenem Wohnraum – um auf kurzfristige Anstiege bei den Zuweisungen von Flüchtlingen reagieren zu können – überschreitet“.

Welche Maßnahmen sind dazu erfolgt?

Mit freundlichen Grüßen

Harald Wiese
AfD-Fraktionsvorsitzender